

Dänemark erhöht Verteidigungsausgaben für die Arktis um 2 Milliarden Dollar

Dänemark erhöht seine Verteidigungsausgaben um 2 Milliarden Dollar, um militärische Kapazitäten in der Arktis zu stärken, nach Trumps erneuter Interessensbekundung für Grönland.



Dänemark hat am Montag angekündigt, 14,6 Milliarden Dänische Kronen (2,05 Milliarden US-Dollar) in den Ausbau seiner militärischen Fähigkeiten in der Arktis zu investieren. Diese Entscheidung fällt in eine Zeit, in der das Interesse von US-Präsident Donald Trump an der Kontrolle über **Grönland**, einem weitgehend autonomen dänischen Territorium, erneut aufkeimt.

Militärische Stärkung in der Arktis

Das Abkommen verfolgt das Ziel, die Überwachungsfähigkeiten

und die Wahrung der Souveränität in der Region zu verbessern, wie das dänische Verteidigungsministerium in einer Erklärung mitteilte. „Gleichzeitig ist die Unterstützung unserer Verbündeten und der NATO-Bemühungen in der Arktis und im Nordatlantik entscheidend für die Stärkung der allgemeinen Sicherheit und Verteidigung“, fügte die Erklärung hinzu.

Investitionspaket für strategische Maßnahmen

Im Rahmen des Investitionspakets wird Dänemark drei neue arktische Marinefahrzeuge finanzieren, zwei Langstreckendrohnen zur Durchführung von Überwachungsmissionen über große Gebiete anschaffen und die Grundausbildung für Militärangehörige in der Arktis ausbauen.

Reaktion auf sicherheitspolitische Herausforderungen

„Wir müssen uns der Tatsache bewusst werden, dass ernsthafte Herausforderungen hinsichtlich der Sicherheit und Verteidigung in der Arktis und im Nordatlantik bestehen“, sagte Troels Lund Poulsen, Dänemarks Verteidigungsminister. „Deshalb müssen wir unsere Präsenz in der Region stärken. Das ist das Ziel dieses Abkommens, das den Weg für weitere Initiativen noch in diesem Jahr ebnen soll.“

Die geopolitische Lage in Grönland

Vivian Motzfeldt, Dänemarks Ministerin für Staatsangelegenheiten und auswärtige Beziehungen, wies darauf hin, dass „Grönland mit einem sich verändernden Sicherheitsumfeld konfrontiert ist.“ Die Ankündigung erfolgt, nachdem die **Europäische Union** erklärt hat, dass sie nicht über die Souveränität Grönlands verhandeln werde.

Illustration der US-Politik

Trump, der am 20. Januar sein Amt antrat, hat die US-Kontrolle über Grönland zuvor als „absolute Notwendigkeit“ bezeichnet. Sowohl Grönland als auch Dänemark haben jedoch gesagt, dass die Insel nicht zum Verkauf steht. Diese Frage wurde Frau Kallas gestellt, nachdem sie auf einer Pressekonferenz erwähnt hatte, dass Europa „zusammenrücken“ müsse, da sich die „Vereinigten Staaten einem transaktionalen Ansatz“ in ihren Außenbeziehungen zuwenden.

Spekulationen über zukünftige Entwicklungen

Greenland wurde lange als Schlüssel zu den nationalen Sicherheitsinteressen der USA angesehen, insbesondere um einen möglichen russischen Angriff abzuwehren. Während Trumps erster Amtszeit waren nationale Sicherheitsbeamte jedoch besorgt über Chinas Aktivitäten in der Arktis, die zu diesem Zeitpunkt eine relativ neue Bedrohung darstellten, so ein ehemaliger Berater Trumps gegenüber CNN.

Dennoch haben sowohl US- als auch dänische Beamte geäußert, dass sie Trumps Besessenheit über den Erwerb Grönlands nicht verstehen, das er als „absolute Notwendigkeit“ bezeichnet hat. Dies insbesondere, da die USA bereits über ein jahrzehntelanges Verteidigungsabkommen mit dem Territorium verfügen, das der US-Armee ermöglicht hat, eine erhebliche Militärpräsenz – einschließlich Truppen und Radarsystemen – auf der größten Insel der Welt aufzubauen.

Offizielle in Grönland und Dänemark haben sich entschieden gegen Trumps Wunsch ausgesprochen, die Insel zu erwerben. Dennoch äußerten mehrere dänische Beamte **gegenüber CNN**, dass sie befürchten, der Präsident sei nun ernsthafter an der Idee interessiert als noch in seiner ersten Amtszeit.

Grönlands Unabhängigkeitsbewegung

Trotz dieser Widerstände wurde die Debatte über die Zukunft Grönlands durch zunehmende Spekulationen über seine Unabhängigkeitsbewegung neu entfacht. In seiner Neujansrede erklärte Grönlands Premierminister, die Insel sollte sich von den „Fesseln des Kolonialismus“ befreien – die Rede erwähnte jedoch nicht die Vereinigten Staaten.

Berichte von CNN wurden von Natasha Bertrand, Katie Bo Lillis und Laura Paddison erstellt.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at